

Ressort: Gesundheit

Regierung erwägt Maßnahmen gegen hohe Zinsen in gesetzlicher Krankenversicherung

Berlin, 09.02.2013, 08:02 Uhr

GDN - Die Bundesregierung will bei Bedarf offenbar gegen hohe Zinsen für säumige Beitragszahler in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) vorgehen. "Die Bundesregierung prüft derzeit, inwieweit im Hinblick auf die Beitragsrückstände in der GKV Rechtsänderungen notwendig sind", teilte das Gesundheitsministerium in einer Antwort auf eine kleine Anfrage der Linksfraktion mit, die den Zeitungen der "Westdeutschen Allgemeinen Zeitung" (Samstagsausgaben) vorliegt.

"Es ist nicht zu verkennen, dass der erhöhte Säumniszuschlag das Problem der Beitragsrückstände für einzelne Betroffene eher verschärft und in Einzelfällen zu einer Überschuldung geführt hat." Bisher müssen Freiberufler und freiwillig versicherte Selbstständige 60 Prozent Zinsen zahlen, wenn sie ihre Beiträge nicht entrichten können. Wie aus der Antwort hervorgeht, können sich die Beitragsschulden bei einem freiwillig Versicherten Selbstständigen, der den Mindestbeitrag ohne Vermögensvorprüfung nicht bezahlen kann, nach vier Jahren auf 29.308,34 Euro belaufen. Davon sind 15.762,50 Euro Säumniszuschläge. Bei freiwillig Versicherten Nichtselbstständigen, die den Mindestbeitrag nicht zahlen, können die Schulden nach vier Jahren 12.988,52 Euro betragen. 6.968 Euro davon sind Säumniszuschläge. "Zinsen von maximal sechs oder zehn Prozent pro Jahr reichen", sagte Unions-Gesundheitsexperte Jens Spahn (CDU). Alles andere wäre Wucher. "Unser Ziel ist es, das noch dieses Jahr zu ändern", sagte Spahn. Linken-Gesundheitsexperte Harald Weinberg hingegen befürchtete, dass die Regierung in dieser Legislaturperiode nichts mehr unternimmt. Laut der Antwort lagen die Beitragsrückstände in der GKV zum Jahreswechsel bei 4,5 Milliarden Euro. Davon entfielen 2,4 Milliarden auf die Arbeitgeber und 2,1 Milliarden Euro hauptsächlich auf die freiwillig Versicherten.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-7402/regierung-erwaegt-massnahmen-gegen-hohe-zinsen-in-gesetzlicher-krankenversicherung.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619